

Zu wenig Geld für Straßen

Kritik auf IHK-Veranstaltung

Viele Straßen sind in einem schlechten Zustand, über Umgehungsstraßen wird oft lange gestritten und lange geplant. Spart die öffentliche Hand an der falschen Stelle, welche Auswirkungen hat das für die Zukunft? Diesen Fragen ging die Industrie- und Handelskammer nach.

Limburg.



Der vierspurige Ausbau der Bundesstraße 49 geht im Landkreis mit dem Abschnitt zwischen der Mülldeponie in Beselich und dem Merenberger Ortsteil Allendorf auf die letzte Etappe, mit dem Neubau der Limburger Autobahnbrücke soll in den kommenden Wochen begonnen werden. Millionen werden investiert. Auf der anderen Seite warten Bürger in verschiedenen Orten im Kreis darauf, dass Umgehungsstraßen gebaut werden und sie weniger Verkehrsbelastung vor der Haustüre haben. Zudem sind teilweise Bundesstraßen in einem Zustand, der dringenden Einsatz signalisieren.

„Es muss zu einem Umdenken kommen. Nur wenn wir heute die Herausforderungen in der Infrastruktur angehen, sind wir auch morgen noch wettbewerbsfähig“, fordert zum Beispiel Ottmar Schütz als Vizepräsident der IHK Limburg. Schütz ist zugleich auch Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Kammer.

Was geht für die Straße?

Im Rahmen einer Veranstaltung in den Räumen der Kammer unter dem Motto „Infrastruktur - Was geht noch für die Straße?“ machten die Teilnehmer deutlich, dass nach ihrer Einschätzung der Staat seinen Verpflichtungen zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur nicht mehr nachkomme. Gründe dafür seien die fehlenden finanziellen Mittel oder andere Prioritäten. Zudem, so die Überzeugung der Teilnehmer aus den Reihen der IHK-Mitglieder, mangle es ganz offensichtlich auch an Konzepten, um den Bestand an Straßen systematisch zu sichern und notwendige Ausbauten zügig in Angriff zu nehmen.

Alfred Jung, der für den Verkehr zuständige Geschäftsbereichsleiter bei der IHK, verweist auch auf geäußerte Vermutungen, dass die zeitliche Verzögerung des Ausbaus von Straßen oder Abschnitten gegenüber der Erteilung des Baurechts dazu dient, die Finanzmittel erst einmal für andere Baustellen einzusetzen.

Eingestimmt auf das Thema wurden die Teilnehmer von Matthias Wildemann. Der Vertreter des hessischen Wirtschafts- und Verkehrsministeriums stellte die Finanzierungssituation für die Bundes- und Landesstraßen sowie die kommunalen Straßen vor. Die bisher geplanten Finanzmittel in Höhe von sechs Milliarden Euro für den Bundesstraßenbau werden in Zukunft verstärkt in die Erhaltung der Straßen fließen. Diese Überlegungen gibt es nach Angaben von Wildemann zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans. Der laufende Plan gilt noch bis einschließlich 2015. Für Um- und Ausbauprojekte werden dann weniger Mittel zur Verfügung stehen, ebenso für Ersatz- und Nachholbedarf.

Viele Umwege

Wolfgang Draaf als Vertreter des Bundesfachgruppe Schwertransporte machte deutlich, in welchem schlechtem Zustand die Verkehrswege aufgrund einer „jahrzehntelangen Unterfinanzierung“ bereits sind. Da viele Brücken von wichtigen Autobahnen marode seien, müssten zum Beispiel Schwertransporte über lange Umwege zum Ziel geführt werden. Das gehöre mittlerweile wie die vielen Schlaglöcher auf Deutschlands Straßen zum bedauerlichen Alltag und sei ein alarmierendes Signal für den Standort Deutschland.

Draaf machte dies unter anderem an einem Beispiel deutlich. Der Transport einer Windkraftanlage aus dem Westerwald könne nicht auf der direkten Strecke über rund 400 Kilometer nach Bremerhaven geführt werden, sondern nur über eine viel längere Strecke von 950 Kilometern.

Nach Einschätzung eines Teilnehmers an der Diskussion müsste eigentlich ausreichend Geld für den Straßenbau vorhanden sein. Er rechnete vor, dass die Einnahmen des Bundes aus der Mineralölsteuer, die Kfz-Steuer und der Lkw-Maut sich auf über 50 Milliarden Euro pro Jahr summieren. Für den Straßenbau und die -unterhaltung würde von Bund, Land und Kommunen jedoch eine deutlich kleinere Summe ausgegeben. *jl*

Artikel vom 24.05.2013, 03:00 Uhr (letzte Änderung 24.05.2013, 03:53 Uhr)

Artikel: http://www.fnp.de/lokales/limburg_und_umgebung/Zu-wenig-Geld-fuer-

Strassen;art680,525240

© 2014 Frankfurter Neue Presse